



KOALITIONSVERTRAG

**für die 20. Legislaturperiode
der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Neu-Isenburg
zwischen
CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Neu-Isenburg,
eine moderne Stadt - sozial, nachhaltig,
klimafreundlich und lebenswert gestalten.**

Inhalt

Präambel	3
1. Finanzen.....	4
1.1. Steuern.....	4
1.2. Stadteigene Betriebe	4
2. Wirtschaftsförderung	5
3. Moderne Verwaltung.....	5
3.1. Digitalisierung.....	5
3.2. Liegenschaften	6
4. Stadtentwicklung und Stadtplanung	6
4.1. Frankfurter Straße	7
4.2. Alter Ort.....	7
4.3. Private Bauvorhaben.....	7
4.4. Bürgerpark Birkengewann	7
4.5. Rahmenplanung	8
5. Kultur- und Bildungszentrum	8
6. Wohnen	9
7. Klimaschutz und Klimaanpassung.....	9
7.1. Klimaschutz	10
7.2. Klimaanpassung.....	10
8. Mobilität	11
9. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung	12
9.1. Sicherheit und Ordnung	12
9.2. Sauberkeit	13
10. Kinder, Jugend, Senioren und Soziales	14
10.1. Kinder und Jugend.....	14
10.2. Senioren	15
11. Kunst, Kultur, Sport und Vereinsförderung	16
11.1. Kunst & Kultur.....	16
11.2. Sport / Vereinsförderung	16
12. Vielfalt und Ehrenamt.....	17
13. Zeppelinheim	18
14. Gravenbruch	19

Präambel

Die Vertragspartner CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen das Ergebnis der Kommunalwahl am 15. März 2026 als Auftrag, gemeinsam in der bevorstehenden Legislaturperiode die Politik zu gestalten, Neu-Isenburg mit seinen Ortsteilen zielgerichtet im Rahmen der vorhandenen Ressourcen weiterzuentwickeln und die Folgen der gesellschaftlichen, weltpolitischen und finanziellen Herausforderungen zu bewältigen. Es sollen der urbane Charakter der Stadt gestärkt und die Lebensqualität weiter gesteigert sowie dabei auch Aspekte der Nachhaltigkeit umgesetzt werden.

Als breite Mehrheit der politischen Mitte in der Stadtverordnetenversammlung möchte diese, in der Zusammensetzung für Neu-Isenburg neue, Koalition die politischen Fragestellungen in den nächsten fünf Jahren sachgerecht, pragmatisch und lösungsorientiert angehen und somit die Stadtentwicklung aktiv gestalten. In dieser Vereinbarung benennen die Vertragspartner die wesentlichen Punkte ihrer zukünftigen Zusammenarbeit. Angesichts der schwierigen Haushaltslage gilt für sämtliche Vorhaben, Projekte und neue Maßnahmen ein Finanzierungsvorbehalt.

Unabhängig von der jeweiligen Haushaltssituation fordern wir von Bund und Land, auch sogenannten „abundanten“ Kommunen, wie der Stadt Neu-Isenburg, z.B. im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs, ausreichende finanzielle Mittel zur Erledigung der eigenen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für gesetzlich auferlegte Aufgaben, wie z. B. die Kinder- und Schulkindbetreuung, sind den Kommunen, so auch der Stadt Neu-Isenburg, entsprechend des „Konnextitätsprinzips“ ausreichende Finanzmittel bereitzustellen und die Umlagen des Kommunalen Finanzausgleichs in einem noch vertretbaren Maße auszugestalten. Nur so kann die eigene Aufgabenerfüllung der Stadt dauerhaft sichergestellt werden.

Für das gemeinsame Wirken in der Koalition sind ein offener Umgang und gegenseitiger Respekt die gelebte Grundvoraussetzung. Die Vertragspartner wollen und werden verlässlich, sachorientiert und vertrauensvoll zum Wohle der Stadt Neu-Isenburg und ihrer Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten. Die in diesem Vertrag beschriebenen Sachverhalte wie auch andere Themen oder Probleme werden wir gemeinsam lösen.

1. Finanzen

Der wirtschaftliche und sparsame Umgang mit öffentlichen Geldern sowie die nachhaltige und vorausschauende Haushaltsführung stellen die Basis unseres Handelns dar. Aufgrund der geringeren Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln, der steigenden Verschuldung und der deutlich abnehmenden Liquidität ist die frühzeitige Prüfung möglicher Fördermittel und deren Einsatz bei Investitionen in allen Fachbereichen der Stadt unerlässlich. Investitionen sind so zu planen, dass der Einsatz von Fördermitteln möglich ist. Das Suchen und die Umsetzung von Einsparmöglichkeiten haben für uns Vorrang vor weiteren Steuererhöhungen. Genehmigungsfähige Kreditaufnahmen zur langfristigen Finanzierung von Infrastrukturprojekten sind weiterhin erforderlich und notwendig. Bei diesen Projekten werden wir jeweils alle Möglichkeiten der Bezuschussung durch Dritte prüfen.

1.1. Steuern

- Auch künftig werden im Verhältnis zu anderen Städten der Region moderate Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer angestrebt, die zur Vermeidung von nicht durch Einnahmen abgedeckten Umlagezahlungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) mindestens den Nivellierungshebesätzen des Landes Hessen entsprechen müssen.
- Die Aufrechterhaltung und Sicherung der Stadt Neu-Isenburg als attraktiver Wirtschaftsstandort hat bei der Gestaltung der Gewerbesteuer auch im Wettbewerb mit anderen Kommunen der Region eine hohe Bedeutung.
- Bei der Grundsteuer B wurde bewusst im Rahmen der Umsetzung der gesetzlichen Neuregelung in Neu-Isenburg die Aufkommensneutralität insgesamt sichergestellt und für den Haushalt der Stadt keine Zusatzeinnahmen realisiert. Auch künftig werden in Neu-Isenburg im Vergleich zu anderen Städten der Region angemessene, moderate Hebesätze der Grundsteuer B angestrebt.
- Beiträge und Gebühren werden wir zukünftig regelmäßig evaluieren. Es gilt, die Möglichkeiten der Prozessoptimierung (z. B. durch Digitalisierung) zu nutzen, um das Niveau der Gebühren möglichst stabil zu halten.
- Auf die Einführung einer Straßenbeitragssatzung werden wir verzichten.
- Wir werden eine Tourismusabgabe einführen.

1.2. Stadteigene Betriebe

- Die Wettbewerbsfähigkeit unserer stadteigenen Betriebe werden wir erhalten.
- Zusätzliche Aufgaben dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der stadteigenen Betriebe nicht negativ beeinflussen.

2. Wirtschaftsförderung

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Neu-Isenburg steht im Mittelpunkt unseres Handelns. Eine starke Wirtschaft sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und schafft die Grundlage für Investitionen sowie die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Stadt.

- Die von der Frankfurt University of Applied Sciences vorgelegte Untersuchung zur Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Süd dient als Grundlage zur Entwicklung aller Gewerbegebiete.
- Wir unterstützen eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und alle Maßnahmen, die für eine zukunftsorientierte, moderne und innovative Wirtschaftsförderung nötig sind. Damit verbessern wir die Voraussetzungen für die ortsansässigen und auch ansiedlungswilligen Unternehmen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass im Bereich der Wirtschaftsförderung ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Eine auch künftig aktive und professionelle Wirtschaftsförderung mit auskömmlicher personeller Besetzung ist ein wichtiger Baustein zur dauerhaften Sicherung der hiesigen Unternehmen und der von ihnen bereit gestellten Arbeitsplätze und dient auch der Ansiedlung neuer Unternehmen.
- Die Stärkung mittelständischer Unternehmen, wozu auch der Einzelhandel und die Gastronomie gehören ist uns besonders wichtig.
- Der Ausbau moderner digitaler Infrastruktur, insbesondere des Glasfasernetzes, wird unterstützt.

3. Moderne Verwaltung

Die Stadt Neu-Isenburg ist für ihre serviceorientierte und bürgerfreundliche Verwaltung bekannt. Auch künftig soll die Stadtverwaltung als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger dienen, ihren Anforderungen gerecht werden und für gute und kompetente Lösungsfindungen für Fragen, die in der Zuständigkeit der Stadt liegen, zur Verfügung stehen.

3.1. Digitalisierung

- Schwerpunkt der Digitalisierung ist die Modernisierung der Verwaltung. Dabei wollen wir einerseits eine gute Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und andererseits die Effizienz der Verwaltung deutlich steigern. Als OZG-Modellkommune (Onlinezugangsgesetz) bauen wir die digitalen Serviceangebote für Bürgerinnen und Bürger weiter aus und machen sie barrierefrei und mobil nutzbar. Dafür soll auch im Rahmen der Verfügbarkeit Künstliche Intelligenz (KI) genutzt werden.
- Mit der Einrichtung der digitalen Verwaltungsdienstleistungen werden auch die internen Prozesse standardisiert und umfassend digitalisiert. Verbunden mit der kontinuierlichen Eliminierung von Doppelstrukturen und der regelmäßigen

Aufgabenkritik wollen wir die Effizienz der Verwaltung deutlich steigern und damit zur Haushaltskonsolidierung und Kostensenkung beitragen. Zur Modernisierung der Verwaltungsstruktur nutzen wir auch die Möglichkeiten, die aufgrund der altersbedingt ausscheidenden Mitarbeitenden entstehen.

- Im Bereich der Smart-City-Projekte konzentrieren wir uns auf die Themen Parkraum-Management und Parkraum-Bewirtschaftung sowie auf die Prüfung des Bereichs Wassermanagement. Dabei setzen wir auf möglichst weit verbreitete Standardlösungen, gründliche Erprobungsphasen und den Einsatz von Fördermitteln.
- Auch künftig stehen die Bedürfnisse der Menschen in Neu-Isenburg im Mittelpunkt, die gesellschaftliche Teilhabe aller Gruppen der Stadtbevölkerung ist sicherzustellen. Somit sind neben der Bereitstellung von digitalen Angeboten auch künftig Möglichkeiten zur persönlichen Ansprache bereitzustellen.

3.2. Liegenschaften

- Die Stadt Neu-Isenburg stellt für die verschiedenen Nutzungen unterschiedliche Liegenschaften zur Verfügung. Wir stellen uns in den nächsten 20 Jahren der Herausforderung, diese zu sanieren und auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung umzustellen. Gleichzeitig bestehen Optimierungsmöglichkeiten bei den Nutzungen, die durch die Digitalisierung verstärkt werden (Videokonferenzen, digitale Buchungssysteme, digitale Schlüsselsysteme etc.).
- Wir wollen einen langfristigen Sanierungsplan auf Basis einer Vorstellung der zukünftigen Nutzungen erstellen, um Synergien unterschiedlicher Nutzer mit gleichen Nutzungsarten oder Verwaltungsprozessen zu realisieren.

4. Stadtentwicklung und Stadtplanung

Wir verfolgen im Bereich Stadtentwicklung und Stadtplanung eine integrierte, nachhaltige und am Koalitionsvertrag ausgerichtete Gesamtstrategie. Ziel ist es, Mobilität, Wohnraumentwicklung, Aufenthaltsqualität und Klimaschutz in Einklang zu bringen und die unterschiedlichen Stadtbereiche ausgewogen weiterzuentwickeln. Dabei werden laufende Projekte konsequent fortgeführt, neue Entwicklungen sinnvoll gesteuert und die Infrastruktur an die künftigen Anforderungen einer wachsenden Stadt angepasst.

4.1. Frankfurter Straße

- Wir werden die weitere Prüfung der Umsetzbarkeit der Verlängerung der Straßenbahn im Rahmen der bisherigen Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vorantreiben und die folgenden Leistungsphasen 2 und 3 beauftragen. Bauliche Maßnahmen entlang der Frankfurter Straße sollen die mögliche Umsetzung der Straßenbahn nicht erschweren.
- Die aktuell laufende Testphase zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität entlang der Frankfurter Straße mit mobilen Lösungen möchten wir evaluieren.
- Wir streben eine Zwischenlösung zur Verbesserung der Situation der Bushaltestellen entlang der Frankfurter Straße unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit an.
- Eine Parkraumbewirtschaftung entlang der Frankfurter Straße wird im Sinne von Gewerbetreibenden und Kunden angestrebt. Auch an weiteren geeigneten Stellen im Stadtgebiet, wie zum Beispiel auf dem Wilhelmsplatz oder in Bahnhofsnähe, soll ein Parkraumbewirtschaftungskonzept geprüft werden.

4.2. Alter Ort

- Wir werden die barrierefreie Umgestaltung des Alten Ortes vorantreiben, zunächst wird der Marktplatz barrierefrei gestaltet.
- Um eine Steigerung der Aufenthaltsqualität auf dem Marktplatz sowie die Entspannung der Verkehrssituation im Alten Ort zu erreichen, soll der Bereich rund um den Marktplatz unter Berücksichtigung der Interessen der Anwohnenden und Gewerbetreibenden vom Autoverkehr entlastet werden. Möglichkeiten hierzu werden wir prüfen.

4.3. Private Bauvorhaben

- Die laufenden Bauvorhaben am Kalbskopfgelände, dem Güterbahnhof und der Bahnhofstraße unterstützen wir ausdrücklich und werden diese positiv begleiten.

4.4. Bürgerpark Birkengewann

- Die Schaffung eines Bürgerparks im Birkengewann werden wir prüfen und Konzepte entwickeln lassen. Ziel ist es, sukzessive attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jung und Alt zu schaffen. Zudem soll die Möglichkeit geprüft werden, ob eine Freilauffläche für Hunde möglich ist.
- Über eine Notwendigkeit zur Nutzung für den Schulsport wird mit dem Schulträger beraten.

4.5. Rahmenplanung

- Um eine sinnvolle Entlastung des Wohnungsmarktes zu ermöglichen, möchten wir Rahmenpläne für die jeweiligen Quartiersentwicklungen der Stadt erarbeiten, die eine für die Infrastruktur verträgliche Nachverdichtung gewährleisten.
- Die Stellplatzsatzung unserer Stadt soll von einem einheitlichen zu einem quartiers- und projektbezogenen Konzept überarbeitet werden, um den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Entwicklungen im Bereich des ÖPNV werden hierbei Berücksichtigung finden. Im Rahmen von Neubauprojekten ist auch die angemessene Schaffung von Parkraum stets umzusetzen.

5. Kultur- und Bildungszentrum

Wir richten die Weiterentwicklung von Hugenottenhalle und Stadtbibliothek vor dem Hintergrund neuer Standortnutzungen neu aus und stellen die Weichen für ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept als „Dritter Ort“.

- Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen mit dem erfolgten Einzug von Musikschule, Philharmonischer Gesellschaft, VdK und VHS in die nicht mehr für den Schulbetrieb benötigten Bestandsgebäude der Albert-Schweitzer-Schule und der Freizeitvilla wird schnellstmöglich für die künftige Ausgestaltung des Dritten Ortes an der Hugenottenhalle und Stadtbibliothek ein alternatives Raum- und Nutzungskonzept erarbeitet unter Nutzung von Synergien.
- Ziel dabei ist es, die bislang geplante Mehrung des umbauten Raumes auf dem Areal von Hugenottenhalle und Stadtbibliothek deutlich zu reduzieren und somit die Finanzierbarkeit der grundlegenden Sanierung unter Berücksichtigung von zu beantragenden Fördermitteln gegenüber bisherigen Planungen zu optimieren.
- Die Schließzeiten für die grundlegende Sanierung sind so kurz wie möglich zu halten und die Hugenottenhalle und Stadtbibliothek den Bürgerinnen und Bürgern mit einem modernen Konzept als Drittem Ort so schnell wie möglich wieder zur Verfügung zu stellen. Die hierfür notwendigen Maßnahmen sind zügig zu veranlassen und für die Zwischenzeit ist eine geeignete Interimslösung zur Sicherung der Kulturarbeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu errichten.

6. Wohnen

Bezahlbarer, sozial ausgewogener und barrierefreier Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Neu-Isenburg. Unser Ziel ist es, ausreichend Wohnraum für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu schaffen und zu sichern. Dabei kommt der GEWOBAU als starker kommunaler Wohnungsbaugesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Wir setzen uns für den Erhalt von Sozialbindungen, die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums und eine ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes ein.

- Wir werden den aktuellen Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen in Neu-Isenburg erhalten und dafür sorgen, dass keine Wohnung aus der Sozialbindung fällt.
- Die Mietpreisbremse soll im Rahmen der Erfüllung der Kriterien des Landes Hessen weiterbestehen bleiben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die GEWOBAU im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten weitere Mietwohnungen baut, ihren Bestand an barrierefreien Wohnungen erhöht, den bestehenden Wohnungsbestand weiter saniert und ihre starke Position auf dem lokalen Wohnungsmarkt weiter ausbaut.
- Im Rahmen der Bebauung des Grundstückes Hugenottenallee 150 entstehen u. a. 32 barrierefreie Wohnungen von denen mindestens 16 Wohnungen als öffentlich geförderter Wohnraum errichtet werden.
- Wir setzen uns für ein datengeschütztes Vergabesystem nach einem Punktemodell ein. Hierzu werden wir mit der GEWOBAU prüfen, nach welchen Kriterien und für welchen Wohnungsbestand ein solches System genutzt werden und in welchem Zeitraum die Umsetzung erfolgen kann.

7. Klimaschutz und Klimaanpassung

Die Folgen des Klimawandels sind bereits spürbar und stellen auch unsere Stadt vor große Herausforderungen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind daher zentrale Aufgaben unseres Handelns, denen wir uns gemeinsam stellen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer Lebensqualität, fördern Biodiversität und Artenvielfalt und sind Grundlage für eine klimaresiliente und lebenswerte Stadt.

7.1. Klimaschutz

- Die im Statusbericht Klimaschutz benannten Handlungsschwerpunkte im Bereich Klimaschutz werden fortgeführt.
- Handlungsschwerpunkte im Gebäudebereich sind die Unterstützung der Stadtwerke bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und die Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk z. B. mit der Fortführung der Energietage.
- Im Verkehrsbereich setzen wir auf die Umsetzung der RTW, die Stärkung der Nahmobilität (Radverkehr, Fußverkehr, Hopper, Bus) und den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität.
- Die vertiefte Prüfung der Straßenbahnverlängerung werden wir weiterverfolgen.
- Die Entwicklung im Bereich Klimaschutz soll regelmäßig in Statusberichten dargestellt werden.
- Die Teilnahme am Zertifizierungsverfahren „Stadtgrün naturnah“ wird fortgesetzt.
- Die erfolgreiche Klimapartnerschaft mit Kwadaso in Ghana wird nach Ende der Förderung ehrenamtlich, ohne finanzielle und personelle Beteiligung der Stadt, fortgeführt.

7.2. Klimaanpassung

- Das beschlossene Handlungskonzept zur Klimaanpassung bleibt Grundlage des politischen Handelns.
- Das bestehende Förderprogramm zur Klimaanpassung soll fortgesetzt werden.
- Die Stelle der Klimaanpassungsmanagerin wird im Rahmen des Förderprojekts genutzt, um konkrete Umsetzungsprojekte zu erarbeiten.
- Dazu gehören insbesondere:
 - Konzepte für Grün- und Verkehrsflächen,
 - Starkregen- und Hochwasserschutz,
 - klimaresiliente Gestaltung städtischer Liegenschaften,
 - Maßnahmen zur Stärkung von Nahmobilität und Einzelhandel.
- Für die Umsetzung geeigneter Maßnahmen sollen Fördermittel beantragt werden. Bedarfsgerechte Haushaltsmittel stellen wir zur Verfügung.

8. Mobilität

Wir stehen für eine ausgewogene Verkehrspolitik, die die Mobilität und Individualität aller Verkehrsträger und -teilnehmer gleichermaßen berücksichtigt und gleichberechtigt fördert.

Die Fortschreibung des Mobilitätskonzepts 2030 bildet die Grundlage unserer Planungen für das Stadtgebiet inklusive der Ortsteile. In diesem Zusammenhang steht die Umsetzung eines modernen Parkraummanagement- und Parkraumbewirtschaftungssystems.

- Die RTW ist ein zentraler Baustein der Verkehrswende vor Ort und stärkt zugleich den Wirtschaftsstandort, da auch ansässige Unternehmen vom besseren Anschluss profitieren.
- Mit der RTW bekommt Neu-Isenburg endlich eine direkte Schienenanbindung an das westliche Rhein-Main-Gebiet – ein wichtiger Schritt für klimafreundliche Mobilität und ein Baustein zu den Klimazielen der Stadt. Als Mitgesellschafterin der RTW-Planungsgesellschaft begleitet Neu-Isenburg das Projekt aktiv. Dadurch konnten wir dazu beitragen, dass zusätzliche Haltestellen und bessere Anbindungen für unsere Stadt eingeplant wurden.
- Das von externen Fachplanern begutachtete Vorrangstraßennetz in der Gesamtstadt dient als Grundlage zur Überarbeitung der Geschwindigkeitsbegrenzungen im Stadtgebiet. Eine bessere Ausnutzung des Straßenraums und die Reduktion von Lärm- und Schadstoffimmissionen sowie eine Anpassung an veränderte Gegebenheiten werden hierdurch angestrebt.
- Komfortable Rad- und Fußwege sind bedeutend für eine bürgerfreundliche Stadt. Mit dem Radverkehrskonzept 2015 wurde ein erster Ansatz zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur gemacht. Dieses Konzept wollen wir weiterentwickeln und umsetzen. Dabei sind die Radverkehrsplanungen im Zusammenhang mit der RTW und den überörtlichen Radwegen (Radschnellweg Darmstadt-Frankfurt und Seligenstadt-Flughafen sowie die Verbindungen nach Offenbach) zu berücksichtigen. Wir werden eine für Radfahrende sichere und komfortable Ost-West-Verbindung durch die Stadt schaffen. Das Ziel ist ein abgestuftes Netz von komfortablen Rad- und Fußwegen für Nah- und Fernverbindungen.
- Die Anbindung der Gewerbegebiete und der Ortsteile an den ÖPNV muss über 2027 hinaus sichergestellt werden. Dazu gehören auch der Weiterbetrieb des Hoppers oder ähnlicher Systeme nach dem Ende der Förderung, wobei es eine gerechte Verteilung der Kosten im Kreisgebiet geben muss.
- Wir wollen die Ausweitung des LKW-Durchfahrtsverbotes auf die Friedhofstraße/Carl-Ulrich-Straße und die Verlegung der Umleitung für die BAB 3 auf die Rathenaustraße/Siemensstraße. Voraussetzung hierfür ist eine höhere Leistungsfähigkeit der Anschlussstelle Dreieich-Sprendlingen der BAB 661, die wir gegenüber dem Land Hessen weiterhin einfordern.

- Eine breite Bürgerbeteiligung und -information setzen wir bei allen großen Infrastrukturmaßnahmen weiterhin konsequent um.

9. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind wesentliche Voraussetzungen für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein gutes Miteinander in Neu-Isenburg. Unser Ziel ist eine Stadt, in der sich alle Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation – sicher und wohl fühlen können. Dazu gehören sowohl eine hohe objektive Sicherheit als auch ein starkes subjektives Sicherheits- und Sauberkeitsempfinden im öffentlichen Raum.

Wir setzen dabei auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, städtischen Sicherheits- und Präventionseinrichtungen, Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Prävention, Präsenz, moderne Ausstattung und eine verlässliche Ordnungspolitik gehören dabei ebenso zu unserem Ansatz wie eine saubere und gepflegte Stadt, die von gegenseitiger Rücksichtnahme und Eigenverantwortung geprägt ist.

Die Arbeit der vielen haupt- und ehrenamtlich engagierten Menschen – von der Ordnungspolizei über die Mitarbeitenden der DLB AöR bis hin zur „Blaulicht-Familie“ und den Stadtkümmerern – verdient dabei unsere besondere Anerkennung und Unterstützung.

9.1. Sicherheit und Ordnung

- Wir unterstützen die gute und intensive Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den städtischen Sicherheits- und Präventionseinrichtungen sowie die ausreichende Bereitstellung von Polizeibeamten auf der Polizeidienststellen in Neu-Isenburg und Gravenbruch durch das Land Hessen. Die objektive Sicherheit und auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Einwohner und Besucher sind auch künftig zu gewährleisten.
- Wir entwickeln die Sicherheits-Strategie fort. Dabei ist uns wichtig, weiterhin verstärkt in die notwendigen Personal- und Sachmittel zu investieren und technische Möglichkeiten als Chance zu begreifen und praktisch zu nutzen.
- Aufbauend auf das sehr erfolgreiche Präventionsprojekt „Kompass“ wird ein Folgeprojekt mit externer Begleitung und Unterstützung durch die Polizei unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und des Präventionsrats durchgeführt. Hierbei sollen damals genannte Angstorte und umgesetzte Maßnahmen mit der heutigen Situation abgeglichen, Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden.
- In besonderen öffentlichen Bereichen, wo es sinnvoll und notwendig erscheint sowie gesetzlich möglich ist, wird der Einsatz von Videoüberwachung geprüft.

- Die „City Streife“ wird mit ihren bisherigen Aufgaben als „Dialog- und Präventionsteam“ fortgeführt. Eine Evaluierung der Aufgaben, Einsatzarten und -orte wird zur Haushaltsberatung 2027 erfolgen.
- Die Fortführung des Vereins MOJA - Mobile Jugendarbeit/Streetworker - wird gemeinsam mit dem Vorstand und der Geschäftsführung von MOJA überprüft. Die Aufgaben werden ggf. im Jahr 2027 in kommunale Verantwortung übergeben.
- Der freiwillige Polizeidienst läuft bis spätestens zur Mitte der Legislaturperiode aus. Ausscheidende freiwillige Polizeihelfer werden nicht ersetzt. Die eingesparten Haushaltsmittel werden für eine personelle Aufstockung der Ordnungspolizei um zwei Stellen verwendet.
- Die Umorganisation der Ordnungspolizei in eine Stadtpolizei wird geprüft.
- Die hervorragende Arbeit der Verbände des Zivil- und Katastrophenschutzes ist ein wichtiger Faktor für die Sicherheit in unserer Stadt, für die wir sehr dankbar sind. Auch in dieser Legislaturperiode werden wir daher für die kommunalen Verbände der „Blaulicht-Familie“ eine angemessene Finanzausstattung bereitstellen und somit den Katastrophen- und Zivilschutz in Kooperation mit dem Kreis Offenbach und dem Land Hessen entsprechend der gestiegenen Anforderungen ausbauen.

9.2. Sauberkeit

- Durch das Stadtsauberkeitskonzept und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen soll die Sauberkeit auf Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum weiter verbessert werden.
- Der Mängelmelder, unterstützt durch die Arbeit der ehrenamtlichen Stadtkümmerer, hat sich bewährt und soll weiterentwickelt werden.
- Kampagnen zur Stärkung des Bewusstseins für die Eigenverantwortung jeder Bürgerin und jedes Bürgers beim Thema Sauberkeit werden gestärkt; Fehlverhalten soll konsequent geahndet werden.
- Der erfolgreiche Einsatz von spezifischen Kleingeräten, wie des „Glutton-Saugers“, soll erweitert werden. Zur regelmäßigen Reinigung der öffentlichen Plätze, insbesondere der Spielplätze, sind auch künftig ausreichende Mittel für entsprechendes Personal und technische Ausstattung der DLB AöR bereitzustellen, und somit der große Einsatz der dortigen Mitarbeitenden zu würdigen.
- Eine solitäre Verpackungssteuer ausschließlich für Neu-Isenburg wird nicht eingeführt. Eine Umsetzung kann nur durch eine regionale, nachbarschaftliche oder übergeordnete Regelung erfolgen.
- Zur Verbesserung der Sauberkeit wird die Einführung einer Straßenreinigungsgebührensatzung mit der Übernahme der Straßenreinigung durch die DLB AöR insbesondere an stark frequentierten (Haupt-) Straßen, z. B. an der Frankfurter Straße, wird geprüft. Die bisherige Reinigungspflicht durch die Anwohnerinnen und Anwohner soll in den meisten (Wohn-) Straßen aufrecht erhalten bleiben.
- Wir setzen uns für eine Ausweitung des bestehenden Patenschafts-Modells öffentlicher Bäume und Grünflächen sowie für private Baumspenden ein.

10. Kinder, Jugend, Senioren und Soziales

Soziale Standards, Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind wesentliche Grundlagen für ein gutes, friedliches und solidarisches Zusammenleben in Neu-Isenburg. Unser Ziel ist eine lebenswerte Stadt für alle Generationen – von Kindern und Jugendlichen über Familien bis hin zu Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Unterstützungsbedarf oder Beeinträchtigungen.

Wir setzen uns daher für verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungs-, Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote ein, die Teilhabe, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit ermöglichen. Die vielfältigen Angebote städtischer Einrichtungen, freier Träger, Vereine, Kirchen und ehrenamtlicher Initiativen leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag, den wir auch künftig stärken und weiterentwickeln wollen.

Dabei stehen für uns insbesondere gute Bildungs- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche, ein selbstbestimmtes Leben im Alter, die Förderung von Inklusion und Barrierefreiheit sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt im Mittelpunkt unseres Handelns.

10.1. Kinder und Jugend

- Die Koalition bekennt sich zum Erhalt und der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der sehr starken, vielfältigen Kinderbetreuung im Bereich U3, Ü3 und der Schulkinder. Aufgrund des immer größeren Bedarfs an Plätzen und des Kostenanstiegs ist es zwingend erforderlich, das „Isenburger Modell“ auch im Vergleich mit anderen Kommunen zu optimieren. Gleichzeitig sind die Deckungsbeiträge der Stadt für jeden einzelnen Betreuungsplatz angemessen im Vergleich zu anderen umliegenden Städten anzupassen, um auch künftig sicherzustellen, dass jedes Kind bestmöglich mit einem Betreuungsplatz versorgt werden kann.
- Unser heute schon herausragendes Angebot in der Schulkindbetreuung an Grundschulen wollen wir weiter bedarfsgerecht ausbauen. Ziel ist, auch unter Berücksichtigung des gesetzlichen Anspruchs ab 01.08.2026, dass jedes Kind einen Betreuungsplatz bekommt, das einen benötigt. Hierzu soll gemeinsam mit dem Kreis Offenbach die Schulkindbetreuung an der Buchenbuschschule (Container-Anbau auf dem freien städtischen Grundstück zwischen Naturfreundehaus und Kindergarten) und der Ludwig-Uhland-Schule (Anbau für eine erweiterte Mittagessensbetreuung) ausgebaut werden. Weitere Erweiterungen des Platzangebots sind zusammen mit dem Kreis Offenbach durch die Schulneubauten an der Albert-Schweitzer-Schule und danach an der Hans-Christian-Andersen-Schule geplant.
- Das bisherige Anmeldesystem zur Kinder- und Schulkindbetreuung soll im Jahr 2027 durch ein neues, leistungsstarkes, anwenderfreundliches und übersichtliches System zur digitalen Anmeldung der Kinder und Platzvergabe ersetzt werden.
- Wir setzen uns für eine faire und sozial ausgewogene Gestaltung der Betreuungskosten ein, die Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen

angemessen berücksichtigt und gleichzeitig die hohe Qualität der Betreuungsangebote sichert.

- Wir werden mögliche Bemühungen der Schulgemeinde der Brüder-Grimm-Schule hin zu einer kooperativen Gesamtschule mit Gymnasialzweig auf allen Ebenen unterstützen und begleiten.
- Wir begrüßen die vielfältigen Angebote, die von Vereinen, den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften sowie der Stadt allen Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Diese sollen weiter gefördert und ggf. ausgebaut werden.
- Wir unterstützen die kontinuierliche Evaluierung der Jugendarbeit, um diese im gesamten Stadtgebiet, inklusive der Stadtteile, weiterhin bedarfsgerecht auszurichten.
- Wir sehen das Jugendforum als wertvolle Institution und begrüßen dessen Engagement und Ideen.
- Wir setzen uns für attraktive Freizeitorte für Jugendliche im öffentlichen Raum ein, an denen sie sich ohne Konsumzwang treffen können. In deren Gestaltung möchten wir das Jugendforum direkt einbeziehen.
- Wir setzen uns auch zukünftig für sichere Kinderspielplätze und deren vielfältige Ausstattung mit Spielgeräten für verschiedene Altersstufen ein. Diese sollen an bestimmten Standorten zusätzlich mit inklusiven Spielgeräten ausgestattet werden.

10.2. Senioren

- Wir begrüßen und unterstützen auch zukünftig die Arbeit sowie Vielfalt von Trägern wie dem VdK, Essen auf Rädern, den Sanitätsverein sowie viele andere Initiativen und städtische Angebote z. B. Digitallotsen oder Stadtteilberatung, die es älteren und beeinträchtigten Menschen ermöglichen, selbstbestimmt in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu bleiben.
- Wir wissen auch um die Qualität der stationären Pflegeheime, die eine Alternative für die Menschen sind, die mehr Unterstützung benötigen und wollen. Die Qualität und die Notwendigkeit zur Ausweitung der Betreuungs- und Pflegeangebote werden wir regelmäßig überprüfen und proaktiv begleiten, die aktuell geltenden Qualitätsstandards haben wir dabei im Blick.
- Wir unterstützen ehrenamtliche und gemeinnützige Initiativen und Vereine in ihren Bemühungen, in aufsuchender und stationärer Arbeit, vereinsamen Menschen jeden Alters, Hilfe und Gemeinsamkeit zu geben. Generationsübergreifende Einrichtungen sind besonders wertvoll und finden unsere Unterstützung.
- Für eine steigende Anzahl an Menschen mit Demenzerkrankung im Alter, wollen wir mit geeigneten Maßnahmen und modernen Konzepten Unterstützung bieten. Betreuungsplätze, Entlastung für Angehörige und das Wohl der Menschen stehen dabei für uns im Vordergrund.
- Wir setzen uns für eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen und digitalen Raum ein, damit alle Menschen – unabhängig von körperlichen, sensorischen, kognitiven oder anderen Beeinträchtigungen – gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Unser Ziel ist eine Stadt, die Inklusion lebt,

Selbstbestimmung stärkt und den Alltag für alle Menschen zugänglich und lebensnah gestaltet.

11. Kultur, Sport und Vereinsförderung

Wir bekennen uns klar zu einer starken, vielfältigen und niedrigschwelligen Sport- und Kulturlandschaft. Sport- und Vereinsarbeit werden als zentrale Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts verstanden und gezielt gestärkt, insbesondere mit Blick auf Kinder, Jugendliche und das ehrenamtliche Engagement. Investitionen in Infrastruktur, Werterhalt und moderne Sportangebote sollen dabei ebenso gesichert werden wie der langfristige Zugang zu bezahlbaren und gut ausgestatteten Sportstätten im gesamten Stadtgebiet.

11.1. Kultur

- Neben den von den unterschiedlichen Vereinen und Initiativen geprägten Kulturangeboten gibt es auch eine Vielzahl von Angeboten, die von der Stadt Neulsenburg organisiert wird. Wir wollen das Kulturangebot evaluieren und vielfältig gestalten, um breitere Bevölkerungsgruppen von jung bis alt anzusprechen.
- Wir wollen das Raummanagement der vorhandenen Räume verbessern und Vergaberichtlinien für Proberäume und Freizeitaktivitäten evaluieren.
- Die Angebote der VHS und der Musikschule werden ebenfalls unterstützt, insbesondere dort, wo sie der gesellschaftlichen Integration dienen, z. B. auf dem Gebiet der sprachlichen und musischen Förderung von Kindern und Jugendlichen.
- Die bestehenden Städtepartnerschaften sollen gefördert werden – insbesondere, wenn sie mit Eigenaktivitäten von Vereinen verbunden sind.
- Die Stadtbibliothek hat als Platz zum Verweilen, Entdecken und Erleben für Jung und Alt eine bedeutende Stellung im Konzept des Kultur- und Bildungszentrums. Der Bildungsauftrag der Stadtbibliothek soll dabei - nach wie vor - im Vordergrund stehen.
- Die sehr gute Museumsarbeit im „Haus zum Löwen“ sowie im „Zeppelinmuseum“ wollen wir weiterhin unterstützen.

11.2. Sport und Vereinsförderung

- Wir werden, in enger Abstimmung mit der IG Vereine, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an sportlichen und kulturellen Vereinsangeboten ermöglichen.
- Auf Basis der überarbeiteten Vereinsförderrichtlinien werden wir wie bisher unsere Sport- und Kulturvereine sowie deren Investitionen gezielt unterstützen.

- Wir wollen die Vermarktung unserer Sportstätten ausbauen, um im Gegenzug unseren Vereinen die Hallen und Plätze weiterhin gebührenfrei für den Trainings- und Spielbetrieb zur Verfügung stellen zu können.
- Anhand einer auf transparenten Kriterien beruhenden Prioritätenliste, werden wir die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen an unseren Sportanlagen weiter vornehmen.
- Wir werden die Umkleiden auf der Sportanlage in Gravenbruch, auf Basis der beim Bund eingereichten Planungen, grundlegend sanieren.
- Wir werden mit Mitteln aus dem Bundesinvestitionsprogramm (Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz) die dringend notwendige energetische Sanierung der Sporthalle im Sportpark angehen.
- Die Oberfläche des Kunstrasenplatzes am Sportplatz Buchenbusch muss dringend für den Erhalt des Spielbetriebs erneuert werden. Diese Investition werden wir realisieren.
- Wir wollen kleine, dezentrale und vielfältige „Fitness- und Sportgeräte“ errichten.

12. Vielfalt und Ehrenamt

Neu-Isenburg ist eine Stadt der Vielfalt und des respektvollen Miteinanders.

Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen, Traditionen und Lebensweisen prägen das Zusammenleben auf Basis von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Respekt.

- Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben, in dem sich alle Menschen mit Offenheit, Wertschätzung und gegenseitigem Respekt begegnen.
- Integration gelingt nur gemeinsam – sie ist eine gesamtgesellschaftliche und generationsübergreifende Aufgabe.
- Wir stehen hinter dem aktuellen Integrationskonzept der Stadt und unterstützen die angestrebten Maßnahmen und Aktivitäten für Vereine, Schulen und die gesamte Stadtgesellschaft.
- Wir setzen uns für die Arbeit der Flüchtlingshilfe, der Kirchen und Nachbarschaftsprojekte ein, die neu zugewanderten Menschen hilft, in Neu-Isenburg anzukommen.
- Der VHS Neu-Isenburg kommt eine besondere Rolle durch die angebotenen Integrationskurse zu.
- Ob in der Kultur, im Sport, in der Bildung oder bei der Integration - ob im Rettungsdienst, der Katastrophenhilfe oder bei alltäglichen Hilfen für Menschen in Not: Ehrenamtliches Engagement ist in allen Lebensbereichen unverzichtbar. Diese wertvolle Arbeit verdient nicht nur Respekt, sondern unsere aktive Unterstützung und öffentliche Wertschätzung.
- Wir unterstützen die digitale Ehrenamtsplattform „VoluMap“, die Bürgerinnen und Bürgern den einfachen Zugang zu ehrenamtlichen Tätigkeiten ermöglicht.

13. Zeppelinheim

- Im Zuge der Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim (NBS) wurden zu beiden Planfeststellungsverfahren Einwendungen der Stadt Neu-Isenburg eingereicht, die wir ebenfalls unterstützen. Dazu gehören der allgemeine Lärmschutz an sich, die Vermeidung von Baustellenlärm während der Bauphase sowie der barrierefreie Umbau des Bahnhofs und eine weiterhin gute S-Bahn Anbindung (S7).
- Der Ausbau der Radwege Dreieich – Flughafen sowie Walldorf – Neu-Isenburg durch Hessen Mobil werden ausdrücklich befürwortet. Hier gilt es zu beachten, dass beide Brückenbauwerke (Querung B44 sowie Querung Bahnhof Zeppelinheim) in einer Planung zusammengefasst werden sollen.
- Nach Inbetriebnahme des Terminals 3, liegt das Hauptaugenmerk auf dem Schutz vor Bodenlärm, insbesondere durch den zurzeit noch nicht in Betrieb genommen Flugsteig G, welcher in Richtung Zeppelinheim ausgerichtet ist.
- Außerdem ist die Parksituation zu beobachten und eventuelle Maßnahmen, wie eine zeitlich begrenzte Parkplatznutzung, sind vorzubereiten.
- Die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit Produkten des täglichen Bedarfs ist weiterhin ein Anliegen und wird in verschiedenen Varianten weiterhin geprüft.
- Nach der letzten Evaluierung der Fahrgastzahlen der Linie 52, ist hier mit der kvgOF, eine Lösung zur Weiterführung eines adäquaten ÖPNV-Angebotes, zur Anbindung des Stadtteils an die Kernstadt (auch an Sonn- und Feiertagen) zu erarbeiten.
- Der Schutz des Waldes und der Erhalt von Grünflächen stehen weiterhin im Mittelpunkt, um eine klimafreundliche Stadtentwicklung zu erreichen. Ziel ist der Erhalt einer guten Aufenthaltsqualität im Stadtteil und er dient ebenso dem Artenschutz.

14. Gravenbruch

- Wir setzen uns weiterhin für Lärmschutzmaßnahmen und Temporeduzierung entlang der L3117 und der A3 ein.
- Die Reduzierung des Lärms bleibt unser Ziel. Wir wollen keine neuen, Gravenbruch belastenden, Flugrouten und keinen weiteren Ausbau der A3, wenn Gravenbruch nicht vollständig durch geeignete Schutzmaßnahmen vom zu erwartenden Lärm entlastet wird.
- Wir arbeiten weiter an der Verbesserung der Parkplatzsituation in Gravenbruch.
- Unser Ziel ist es, Gravenbruch weiterhin gut an das ÖPNV-Busliniennetz anzubinden. Der Hopper bietet hier eine gute Ergänzung für die Verbindung in die Kernstadt.
- Wir begrüßen die vielfältige Nutzung des Dreiherrnsteinplatzes als Mittelpunkt des Ortsteils durch zahlreiche unterschiedliche Veranstaltungen, dies unterstützen wir weiterhin.
- Wir wollen das JUZ barrierefrei zugänglich gestalten, um einen wichtigen Veranstaltungsort in Gravenbruch besser nutzen zu können.
- Die Kirchen möchten wir bei ihrer geplanten Umstrukturierung konstruktiv begleiten.
- Die Funktionsräume am Fußballplatz werden wir grundlegend sanieren, sodass wieder eine gute Nutzbarkeit für die Sportlerinnen und Sportler besteht.

Neu-Isenburg, den 26. Mai 2026

Für die **CDU**

Carlos Gómez
Stadtverbandsvorsitzender

Bettina Blüchardt
Fraktionsvorsitzende

Für die **SPD**

Michael Adam
Ortsvereinsvorsitzender

Markus Munari
Fraktionsvorsitzender

Für **Bündnis 90/Die Grünen**

Andrea Finas
Ortsverbandssprecherin

Carolin Zirkel
Fraktionssprecherin

Oliver Gröll
Ortsverbandsprecher

Thorsten Möller
Fraktionssprecher